

Ausgewogen

Die vatikanische Erklärung zur Schuldenkrise

Das Reich Gottes hat auch etwas mit den Welthandelspreisen zu tun. Dieses Diktum wird nicht nur oft nachgesprochen, es trifft den Nagel auch auf den Kopf: Schließlich wäre es ein fundamentales Mißverständnis der christlichen Botschaft von Heil und Erlösung, sie in einem neutralen Raum oberhalb aller wirtschaftlichen Prozesse und sozialen Spannungen anzusiedeln. Nur ist damit die Frage noch längst nicht beantwortet, mit welcher Kompetenz und in welcher Weise die Kirche zu Problemen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung Stellung beziehen kann und soll. Die Auseinandersetzungen um die Befreiungstheologie bzw. um die Bedeutung der katholischen Soziallehre haben ja nicht zuletzt mit dieser Frage zu tun.

Aus Lateinamerika, dem Ursprungskontinent der Befreiungstheologie, dürften mit die entscheidenden Anstöße zur Erarbeitung eines vatikanischen Dokuments über die internationale Schuldenkrise gekommen sein: 18 von 22 lateinamerikanischen Episkopaten bezeichneten im letzten Jahr die Auslandsverschuldung als das für sie brennendste Problem. Die Erklärung „Im Dienst der menschlichen Gemeinschaft. Ein ethischer Ansatz zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise“ der päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ (vgl. ds. Heft S. 124) ist allerdings nicht einseitig aus der Optik der hochverschuldeten Länder der Dritten Welt bzw. ihrer Ortskirchen verfaßt. Sie verzichtet auf vorschnelle Schuldzuweisungen und Dämonisierungen zugunsten einer eher nüchternen und um Ausgewogenheit bemühten Analyse.

In der Erklärung werden *alle Beteiligten* an ihre Verantwortung erinnert: Die Industrieländer, die Entwicklungsländer, die Gläubiger und die

multinationalen Finanzorganisationen. Sehr deutlich fallen die Passagen aus, in denen die politische und wirtschaftliche Führungsschicht in den Entwicklungsländern auf ihren Beitrag zur Überwindung der sozialen und ökonomischen Probleme ihrer Nationen hingewiesen werden. Die Industrieländer müssen sich die Mahnung gefallen lassen, die Wiederankurbelung ihrer Wirtschaft nicht auf Kosten der strukturell benachteiligten Partner in der Dritten Welt zu betreiben. Die Politik des Internationalen Währungsfonds wird nicht als Wurzel allen Übels denunziert, wohl aber werden Leitlinien für seine Arbeit vorgeschlagen, die das berechtigte Interesse der Schuldnerländer wahren sollen.

Den allgemein gehaltenen, aber durchweg sachverständigen Ausführungen über die kurzfristig erforderlichen und die längerfristig wünschenswerten Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise stellt die Erklärung von „Justitia et Pax“ *ethische Grundsätze* voraus: Von Solidarität, Mitverantwortung, Vertrauen, geteilten Lasten, Mitwirkung aller ist die Rede. Diese ethischen Maßstäbe werden auch bei den folgenden Analysen und Empfehlungen nie außer acht gelassen, ohne daß sie zu plakativ ins Spiel gebracht würden. Vielleicht mag manchem deshalb die Erklärung zu ausgewogen-freundlich erscheinen, zu wenig an der Radikalität des Evangeliums und zu sehr an den „Sachgesetzlichkeiten“ orientiert. Wieder andere werden dagegen zu dem Urteil kommen, es werde in dem Text immer noch zu viel appelliert, er sei letztlich doch zu naiv, setze zu sehr auf den guten Willen der Beteiligten.

Wahrscheinlich ist aber die Verbindung von ethischen Grundsätzen und Einsicht in die ökonomischen und politischen Sachgesetzlichkeiten, wie sie die Erklärung zur Schuldenkrise versucht, der angemessenste und am ehesten erfolgversprechende Weg, auf dem sich die Kirche auf diesem Feld zu Wort melden kann. Der Hinweis auf die Interdependenz der an der Schuldenkrise beteiligten Faktoren und Akteure bzw. auf die weltweite

Verantwortung, die bei jeder ökonomisch-politischen Entscheidung ins Spiel kommt, ist zwar sicher nicht der einzige Beitrag des Christentums und der Kirche zur Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Ordnung. Dennoch sind Anstöße, wie sie sich jetzt in der Erklärung zur Schuldenkrise finden, nicht geringzuschätzen. ru

Verhärtung

Neue Entwicklungen im Fall Lefebvre

Nachdem jahrelang von dem 1975 amtsenthobenen Erzbischof und Traditionalistenführer *Marcel Lefebvre* vor allem dann die Rede war, wenn er wieder einmal Priester weihte, die Firmung spendete oder neue Kirchenräume für die seit einigen Jahren nicht mehr von ihm selber geleitete Priesterbruderschaft St. Pius X. weihte, ist jetzt wieder *Bewegung* in den Fall Lefebvre gekommen. Es ist noch nicht lange her, da sah es so aus bzw. war die Priesterbruderschaft bemüht, den Eindruck zu erwecken, als stünde einer gütlichen Einigung mit Rom kaum mehr etwas im Wege. Daß sich das Blatt in dieser Hinsicht gewendet hat, dafür sprechen eine Reihe von Indizien:

Am spektakulärsten nimmt sich ein *Interview* aus, das der inzwischen 81jährige Lefebvre der italienischen Monatszeitschrift „Trenta Giorni“ gab und in dem er von der Möglichkeit spricht, noch in diesem Jahr *einige Bischöfe zu weihen*. Allerdings relativierte er diese Ankündigung mit der von ihm oft gehörten Formel, er warte immer noch auf „Zeichen der Vorsehung“. Würde Lefebvre einen oder mehrere Bischöfe weihen, so hätte dies nach can. 1382 nicht nur die Exkommunikation des Spenders der Weihe, sondern auch des oder der Geweihten zur Folge. Auf diese Strafe angesprochen, meinte Lefebvre in dem Interview, sie lasse ihn „absolut gleichgültig“. Bislang hatte er eine Bischofsweihe zwar nicht ausgeschlossen, einen solchen Schritt aber immer

wieder hinausgeschoben im Vertrauen darauf, Rom würde eines Tages einlenken und seinen Herzenswunsch erfüllen: die Priesterbruderschaft – analog zur Regelung beim Opus Dei – zur Personalprälatur zu erheben. Neben Lefebvre steht der Priesterbruderschaft lediglich der 83jährige Altbischof von Campos/Brasilien, *Antonio de Castro Mayer*, zur Verfügung.

Lefebvres verschärfte Drohung mit einer Bischofsweihe fügt sich plausibel in ein Gesamtbild, das für ihn und die von ihm begründete Priesterbruderschaft weniger günstig aussieht: Setzte man bislang in den Reihen der Priesterbruderschaft noch einige Hoffnungen auf den Papst aus Polen, so hat dieser im vergangenen Jahr gleich zweimal den Graben zwischen den Lefebvrianern und der nachkonziliaren Kirche deutlicher denn je markiert: Seinen Besuch in der römischen Synagoge, vor allem aber das Friedensgebet der Religionen in Assisi vom letzten Herbst lasten die Traditionalisten dem Papst als eine in ihren Augen völlig unannehmbare Vermischung von wahrer und falscher Religion an, während Johannes Paul II. in Ansprachen zum Jahreswechsel demonstrativ auf den Geist von Assisi zu sprechen kam und dieses Ereignis als Katechese des vom Konzil gewollten ökumenischen und interreligiösen Dialogs bezeichnete. Das von Rom als Basis jeder Einigung verlangte *Ja zu allen Konzilsbeschlüssen* ist für Lefebvre und seine Anhänger mehr denn je eine unüberwindliche Hürde. Lefebvre in dem genannten Interview: „Religionsfreiheit, Ökumenismus und die konziliaren Reformen akzeptieren heiße für mich, zur Selbstzerstörung der Kirche beizutragen.“

In dem Maße, wie sich die Hindernisse auf dem Weg zu einer Einigung mit Lefebvre offenbar als unüberwindlich herausgestellt haben, scheint man in Rom nun zu versuchen, unterhalb der Ebene einer Gesamtlösung alle diejenigen aus dem Lefebvre-Umfeld wieder stärker an die Kirche zu binden, mit denen auch heute schon eine Verständigung möglich ist. Ein erster Versuch war das umstrittene Indult der Gottesdienstkongregation

vom Herbst 1984 (vgl. HK, November 1984, 496), das den Bischöfen die Möglichkeit gibt, unter bestimmten Bedingungen in begrenztem Umfang die Feier der Messe nach dem *Missale Romanum* von 1962 wieder zuzulassen. Diese Entscheidung mußte die Lefebvrianer der Sache nach natürlich hoffnungsvoll stimmen, sollte aber letztlich wohl eher dazu dienen, sie innerhalb der Gruppe der ihnen teilweise geistesverwandten Katholiken zu isolieren: Nutznießer dieser Regelung sind ja nur diejenigen, die nicht die Gültigkeit und Richtigkeit des nachkonziliaren *Missale Romanum* Pauls VI. in Zweifel ziehen.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung dürfte nun die Einrichtung eines Internationalen Ausbildungshauses mit Namen „*Mater Ecclesiae*“ für solche Seminaristen sein, die die Seminare Lefebvres verlassen wollen und noch nicht zum Priester geweiht sind (*Osservatore Romano*, 8. 2. 87). Die Verantwortung hierfür liegt bei einer Kommission, bestehend aus den Präfekten der Klerus-, Unterrichts- und Glaubenskongregation, den Kardinälen *Innocenti*, *Baum* und *Ratzinger*. Eine erste Gruppe von Seminaristen soll bereits in Rom eingetroffen sein. Für den Fall einer Bischofsweihe durch Lefebvre samt den dann unvermeidlichen Folgen möchte Rom offenbar gerüstet sein. nt

Aufklärung

Aids und die Kritik der Bischöfe

Über Geschmack läßt sich bekanntlich streiten, bei Aufklärungskampagnen, die das Sexualverhalten berühren, besonders. Es läßt sich fragen, ob die von Bundesgesundheitsministerin *Rita Süßmuth* verantwortete, vom Bundesgesundheitsamt gestartete Anti-Aids-Kampagne im Anzeigen- und Textteil von Zeitungen und Magazinen in allem dem guten Geschmack entspricht oder ob demselben Ziel mit diskreteren Formulierungen nicht auch gedient wäre. Es läßt

sich sogar streiten, ob die Kampagne so zielführend ist oder ob massive Aufklärungssendungen in Funk und Fernsehen in der Sache nicht hilfreicher wären, denn es geht ja bei Aids nicht nur um einzelne gefährdete Gruppen mit bestimmtem Sexualverhalten, sondern um Aufklärung der Bevölkerung insgesamt.

Dennoch hat die Kritik des *Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz* an der Kampagne auch unter Katholiken einige Verwunderung ausgelöst. Grund dafür war weniger das, was die Bischöfe sagten. Soweit die Stellungnahme inhaltlich kritisiert wurde, war die öffentliche, vor allem innerkatholische Kritik auf verkürzte Wiedergabe der Stellungnahme zurückzuführen. Denn niemand wird – Katholiken schon gar nicht – bestreiten wollen, daß Bischöfe das Recht und auch die Pflicht haben, die Morallehre der Kirche auch vor der nichtkirchlichen Öffentlichkeit zu vertreten. Und daß zur menschlichen Sexualität Zucht und Maß gehören und diese sich an sittlichen Maßstäben zu orientieren habe, werden auch Menschen nicht bestreiten, die in ehelicher Treue und sexueller Enthaltsamkeit, wie sie die Bischöfe fordern, nicht den einzigen möglichen Weg menschenwürdigen sexuellen Verhaltens sehen. (Im Gegenzug dürften auch Bischöfe einräumen, daß eheliche Treue für sich allein ebenfalls noch kein menschenwürdiges Sexualverhalten garantiert.)

Wenn es zu der Erklärung der Bischöfe auch innerkatholische Kritik gegeben hat, dann richtete sich diese neben einzelnen Formulierungen des Textes vor allem darauf, daß die Bischöfe, die bisher in der Sache geschwiegen haben, ausgerechnet die Aufklärungskampagne der Gesundheitsbehörde zum Anlaß nahmen, um gegenzusteuern. Dabei ist allerdings verkannt worden bzw. nicht zum Tragen gekommen, daß erst ein schriftlicher „Hilferuf“ von Frau Süßmuth selbst an die Bischöfe deren Stellungnahme ausgelöst hat. Dennoch: das Aidsproblem bedürfte grundsätzlich und wegen der Ausmaße, die es inzwischen angenommen hat, einer